Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 10

Titelseiten

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

26. Jahrgang *OKTOBER 1947* *Heft 10*

PAUL MEIERHANS

Fragen der Bundesfinanzreform

Auch die öffentliche Hand – worunter Bund, Kantone und Gemeinden verstanden sind – schöpft die Mittel zur Finanzierung ihrer Aufgaben aus dem Volks- oder Nationaleinkommen, entweder auf dem Wege der Erhebungen und Steuern, Gebühren und Abgaben oder durch die Aufnahme von Anleihen. Im letzteren Falle wird vorübergehend der laufende Bedarf zum Teil auch aus dem Volksvermögen gedeckt. Solange der Anteil der öffentlichen Hand am Volkseinkommen gering ist, das heißt der Staat dem Bürger von seinem Einkommen nur wenig wegnimmt, kümmert sich nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung um finanzpolitische Fragen. Die Finanzpolitik bleibt in der Ideen- und Interessensphäre einiger Fachleute und Politiker. Aus dem Zehnten der alten Naturalwirtschaft, der jahrhundertelang fast widerspruchslos hingenommen wurde, ist in der modernen Geldwirtschaft eine weit größere Abgabe an den Staat geworden. Der Kampf um die Steuern wird zu einer Auseinandersetzung um die Verteilung des Einkommens zwischen Staat und Bürger, vor allem aber auch zu einem Kampf um das Einkommen der Bürger untereinander. Daraus erklärt sich ohne weiteres die Heftigkeit der modernen Steuerkämpfe und die Leidenschaft, mit der sie ausgefochten werden. Aus dem Polizeistaat der sogenannten liberalen Epoche ist der komplizierte Sicherheits- und Wohlfahrtsstaat der modernen Zeit geworden. Dieser Staat befaßt sich zwangsweise und zunehmend mit allen Fragen des Lebens in der durch die enorme technische Entwicklung immer enger gewordenen Welt. Dieser moderne Staat verfügt auch über ein ganz anderes Beamten- und Angestelltenheer, um die ihm zugemuteten Aufgaben